

Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Schülern, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von D. Ullmann, Hamburg, Idastr. 15/17.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Hamburg).

Vereins-Anzeigen für die fünfgesparte Zeitzeile oder deren Raum 10 fl., Geschäfts-Anzeigen 15 fl., doch ist bei Einsendung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75 fl. — Für Einzel-Abonnements pro Quartal M. 1,20.

Die sächsische Fabrikinspektion 1895.

Der Sachsen's neuesten Gewerbeaufsichtsbericht mit denen früheren vergleicht, der gewahrt sofort, daß die einst als fortschrittlich gesehnte sächsische Inspektion im Hinteren des Rückstritts steht, und das in der Zeit des lebhaftesten Vorwärtsdrängens auf diesem Gebiete, welche gründliche Reformen zum unabsehbaren Ertrag gebracht haben. Die Aera der politischen Reaktion, der Arbeitunterdrückung und Kapitalentziehung wirkt eben auch auf die Sozialpolitik und Arbeiterschutzkontrolle zurück, und wie in der Politik der Kräfte Besitzstandpunkt und der Schutz des Unternehmertums zum Prinzip der Staatskraften proklamirt wird, so atmen auch die Gewerbeaufsichtsberichte den Geist des Unternehmertums. Das Ganze liest sich wie eine Epistel, die ein liebvolle erzählerischer Autor an seinen vergrößerten Augenblick von Sohn hält, und nur wenige Berichterstatter machen von dieser tendenziösen Verkürzung der nächsten Unternehmerinteressen eine Ausnahme. Aber nicht bloß der sozialpolitische Gehalt ist gesunken, auch die bloße Kontroll- und polizeiliche Tätigkeit ist zurückgegangen oder hinter der Steigerung der Industrie zurückgeblieben, trotz der Neuanstellung eines Beamten, die dem arg rückständigen Bezirk Plauen zu Gute kam. In 6 Bezirken hat sich das Revisionsergebnis seit 1894 verschlechtert, dagegen im Gesamtdeutschland von 74,7 auf 73,4 p. 100. 8 Bezirke weisen weniger als 1%, 5 weniger als 2%, 4 weniger als 3%, und 1 Bezirk (Dresden) noch nicht einmal die Hälfte aller Betriebe auf. Die Gesamtzahl der revidirten Betriebe betrug 11252, die Zahl der Revisionen 15689, dagegen 10057 erteilte Revisionsurtheile. Revisionen, 118 Revisionen fanden bei Rauchs und 859 an Sonn- und Festtag statt.

Die Kesselfrevision belastete auch diesmal die Arbeiterschutzkontrolle ganz enorm (10802 Diensthandlungen); aber die sächsische Regierung zeigt nach den Erfahrungen der letzten Landtagssession keine Geneigtheit, diesen kapitalistischen Handlangerdienst privaten Revisionsvereinen zu überlassen oder technischen, der Gewerbeaufsicht unterordneten Hülfbeamten zu übertragen, um ihre Beamtenpersonal durch Erzeugte zu ergänzen. Hat doch zum ersten Mal ein Aufsichtsbeamter den beruhigenden Versuch unternommen, diese unselige Verbindung zu vertheidigen, freilich mit Gründen, die schon längst in der Deutlichkeit und in den Reihen seiner eigenen Kollegen widerlegt sind. Aber so strebende Vertheidiger des Regierungstandpunktes werden sicherlich belohnt werden, wie der Erfurter Beamte, dem seine Rechtfertigung der Kesselfrevision zu einem außergewöhnlich raschen Avancement verhalf. Der Chemnitzer Beamte hingegen konnte sich's nicht versagen, gegen die selbst von der hessischen Regierung akzeptierte Fortsetzung weiblicher Inspektoren in unglaublich flacher Weise zu polemisiren, indem er, anknüpfend an die Klagen über Unzulänglichkeit in den Industriedörfern und über die Unzufriedenheit der unehelichen Gebäude, bezweifelt, ob die von mancher Seite gewünschten weiblichen Aufsichtsbeamten im Stande wären, auf diese Verhältnisse besser zu eingewirken; vielmehr sei hier der Täglichkeit der Aufsichtsbeamten eine Grenze gesetzt, hinter welcher das Arbeitsfeld aller gebildeten beginne. Was soll dann aber die ganze Polemik gegen weibliche Inspektoren beweisen? Die Hauptthese aber, daß die weiblichen Beamten den patriarchischen Verführungsgegüssen der Unternehmer und ihrer Angestellten bedrohen Opfer mit Roth und Thot zur Seite stehen sollen, verschweigt der tapfere Kampf für Männervorteile gänzlich. Solche Angriffe beweisen lediglich den hohen Werth unserer Reformforderung.

Die 1895er Betriebs- und Arbeiterzählung ergab 16166 (15268*) Betriebe, die der Gewerbeaufsicht unterliegen, davon 6059 (5971) mit Dampf, 5981 (5531) mit sonstigen Motoren und 4116 (3766) ohne Motoren. Die Nahrungsmittelindustrie zählte davon 1182 (1159), 2395 (2358) und 224 (207) Anlagen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug insgesamt 420499 (404010), davon Erwachsene: 390601 (372880), nämlich 262226 (251682) männliche und 128375 (123309) weibliche Arbeiter, Jugendliche: 29898 (31180), davon 17303 (17850) männliche und 11665 (12278) weibliche von 14—16 Jahren, sowie 669 (686) Knaben und 261 (318) Mädchen. Die Nahrungsmittelgruppe zählte davon erwachsene Männer 16100 (15726) und Frauen 8811 (8458), zusammen 24917 (24184) Erwachsene und 734 (691) männliche und 479 (541) Jugendliche, sowie 42 (30) Knaben und 8 (5) Mädchen.

Auffallend ist an diesen Zahlen die Stabilität der Kinderarbeit, die sich im Ganzen nur wenig vermindert, in einigen Industrien sogar vermehrt hat, in der Nahrungsmittelindustrie um 15 Köpfe. Angesichts des Umstandes, daß in Sachsen jährlich tausende von Kindern vor dem 14. Jahre der

Schule entlassen werden, dürfte damit der Rückgang der Kinderarbeit seine Grenze erreicht haben. Ein Verbot der Kinderarbeit vor dem 14. Jahre würde eine Reorganisation des Schulunterrichts erheischen, welche die vorzeitige Entlassung von Kindern aus der Schule verhindert. Immerhin ist es interessant, zu beobachten, daß selbst die 6 stündige Arbeitszeitbeschränkung viele Unternehmer von der Konsumtion der Kinderhände nicht zurückhält, wobei allerdings der Verdacht nahe liegt, daß es zumeist mit der strengen Einhaltung des gesetzlichen Kinderschutzes nicht allzu genau genommen wird. Begrundet wird dies durch die noch immer zahlreichen Fälle, wo renitente Jugendausbeuter erwischt wurden, was erfahrungsgemäß nur bei einem kleinen Theil der passirten Vergehen gelingt. Es wurden 116 Fälle verbotener Kinderarbeit und 31 überschritten Arbeitsdauer festgestellt.

Die Zahl der jugendlichen Arbeiter ist im Allgemeinen zurückgegangen, eine Folge des gesetzlichen Jugendschutzes. Die Nahrungsmittelindustrie beschäftigt 204 Köpfe weniger als im Vorjahr, und 78 Anlagen haben seitdem ihre jugendlichen Arbeiter völlig abgelegt. Dennoch zeigt sich in einigen Industrien das Gegenteil, ohne daß ein Beamter untersucht hätte, inwiefern diese Erziehung mit der bisherigen Fassung oder Handhabung des Jugendschutzes zusammenhängt, und ob die eine oder andere revisionsbedürftig wäre. Unseres Erachtens ist diese Annahme ein Beweis, daß die betreffenden Industrien sich den Schwierigkeiten des Jugendschutzes soweit angepaßt haben, daß für diese die gesetzlichen Vorschriften kein Hindernis für die Jugendausbeutung mehr darstellen. Bei nächstjähriger Wiederholung dieser Erscheinung wäre eine eingehende Prüfung derselben angebracht. An Jugendschutzvergehen wurden insgesamt 1922 Fälle in 1098 Anlagen konstatiert, an denen die Nahrungsmittelgruppe mit 84 Fällen in 49 Anlagen beteiligt ist.

Die Zahl der Arbeiterinnen ist allgemein gestiegen, trotz Arbeiterinnenschutz und Maximalarbeitsstag; doch ist der Einfluß der Sozialreform darin zu erkennen, daß die Zahl der männlichen Arbeiter rascher zunommen hat. In verschiedenen Industrien und Bezirken wurde über Arbeiterinnennangel geklagt, der aber jedenfalls nur in lokalen oder für gewisse schlechtlohnende Industrien spezifischen Ursachen begründet war. Keinesfalls ist anzunehmen, daß die sächsische Industrie bereits die ganze weibliche Arbeiterbevölkerung absorbiert habe; indes wird der relative Rückgang der Frauenarbeit durch die ständige Ausbreitung der Haushaltung zur Genüge erklärt.

Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen ist allgemein gestiegen, trotz Arbeiterinnenschutz und Maximalarbeitsstag; doch ist der Einfluß der Sozialreform darin zu erkennen, daß die Zahl der männlichen Arbeiter rascher zunommen hat. In verschiedenen Industrien und Bezirken wurde über Arbeiterinnennangel geklagt, der aber jedenfalls nur in lokalen oder für gewisse schlechtlohnende Industrien spezifischen Ursachen begründet war. Keinesfalls ist anzunehmen, daß die sächsische Industrie bereits die ganze weibliche Arbeiterbevölkerung absorbiert habe; indes wird der relative Rückgang der Frauenarbeit durch die ständige Ausbreitung der Haushaltung zur Genüge erklärt.

Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen ist allgemein gestiegen, die gesetzliche; nur in einigen größeren Städten herrscht fürztere Arbeitszeit, doch ist die fortschreitende Tendenz der Arbeitszeitverkürzung bemerkbar. So meldet der Leipziger Bericht, daß schon vielsach, teils aus eigener Entschließung der Unternehmer, teils aber auch auf Anregung der Arbeiterschaft, der 8-Stundentag eingeführt sei, während in den Buch- und Kunstdruckereien die 8½-stündige Arbeitszeit mit 8½ Stunden Mittagspause herrsche. Vereinzelt sei die 8½-stündige Schicht und in einer Schriftgießerei sogar die 8½-stündige Schicht vorhanden und eine Dampfziegel- und eine mechanische Spülensfabrik haben den 8-Stundentag in ununterbrochenem Betriebe eingeführt. Jedoch gibt es auch genug Unternehmer, die ihre Arbeiterschaft bis zur höchstmöglichen Grenze und selbst darüber hinaus ausnutzen, wie die Statistik der Überarbeitsbewilligungen und der Arbeiterinnenjahnsüberzeugungen illustriert. Bereits im Vorjahr hatten Sachsen's Betriebe 1388844 Überstunden, bloß für die ersten 5 Wochentage, an 901 Betrieben mit 76544 Arbeiterinnen gewährt, eine Zahl, die die preußischen Bewilligungen noch um 22½% überstieg. Im Berichtsjahr wurde diese Zahl noch um 165660 Stunden erhöht, und die 5 Bezirke Dresden, Chemnitz, Böhlen, Leipzig und Aue weisen gar ein Mehr von 400000 Stunden auf, so daß bei allseitig gleicher Steigerung 2000000 Überstunden nicht gereicht hätten, wenn nicht einige Bezirke, besonders Plauen, bedeutende Abnahmen zu verzeichnen hätten. An den 1554404 Überstunden, die 907 Anlagen für 89902 Arbeiter gewährt wurden (pro Betr. 1718, pro Arb. 17,8 Überstunden), ist die Nahrungsmittelindustrie mit 161340 Stunden für 34 Betr. und 2645 Arb. (pro Betr. 4745,3, pro Arb. 63,4 Stunden) beteiligt. Hierbei kommen namentlich in Betracht die Chocoladen- und Süßwarenfabriken in den Bezirken Dresden und Leipzig, die immer gemeinschaftliche Besuche um Überarbeitsbewilligung einreichen, im Bezirk Dresden beträgt dies 111261 Stunden, das sind allein 2½ der ganzen Überarbeit. Außerdem werden genannt eine Süßwarenfabrik im Bezirk Meißen und eine Biskuitfabrik im Bezirk Wurzen mit 26280 Stunden.

Das betrifft aber nur die wochentägigen Ausnahmen; für die Sonnabende erhielten noch 81 Betriebe für 1638 Arbeiter, die kein Haushalte zu besorgen haben, eine ungenannte

Zahl von Überstunden genehmigt, davon die Mehrzahl für mehr als 12 Sonnabende und für je 2 und mehr Stunden pro Tag. Auch hierbei ist die Nahrungsmittelgruppe mit 2 Betrieben beteiligt.

An Arbeiterinnen schutz. Verglichen wurden 472 Fälle in 374 Anlagen ermittelt. Indgefertigt ermittelten die Gewerbeinspektoren 2394 Gesetzesübertretungen („Zehn von den 12683 Überstretungen der Unfallverhütungsvorschrift“) und die Polizeibehörden über 1000 Fälle. Damit vergleicht man die geringe Zahl von nur 116 Bestrafungen. Man sieht, daß die sächsischen Behörden und Gerichte, deren oft drakonische Maßnahmen und Strafzüchtigungen gegen die Arbeiterschaft eine sichernde Rubrik in der gesamten Presse bilden, auch sehr nachsichtig und milde sein können, wenn es sich um Gesetzesübertretungen von Unternehmern handelt.

Die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter wird meist beeinflußt vom Maximalarbeitsstag der Frauen; auch hier zeigt sich allmäßig ein Fortschritt zur Arbeitszeitverkürzung. Freilich giebt es auch Industrien (Steine und Erden), welche die Arbeitszeit bis zur äußerst möglichen Grenze ausdehnen und selbst die Frauenarbeit abschaffen, um in der Arbeitszeit nicht behindert zu sein. Andersseits hat der wirtschaftliche Aufschwung einige Industrien veranlaßt, gelegentlich oder regelmäßig mit Überarbeiten und sogar mit mehr oder minder regelmäßigen Nachtschichten zu arbeiten, während die Bäckereien, Bäckereien und zum Theil auch die Brauereien im regelmäßigen Nachtbetrieb häufig sind.

Über die im Berichtsjahr zur Durchführung gelangte reichsgerichtliche Sonntagszusage fehlt es zwar nicht an interessanten Einzelangaben, wohl aber an jeder eingehenden Übersicht über die behördlich bewilligten Ausnahmen. Unsere früher ausgesprochene Beschriftung, daß das Unternehmertum trotz der außerst weitgehenden Ausnahmen des § 105c und d der S.O. noch weitere Ausnahmegestattungen seitens der Behörden beanspruchen werde, hat sich nämlich bestätigt. Die Behörden haben dasselbe bereitwillig entgegenommen wie bei der Überarbeit für Arbeiterinnen gezeigt und nach § 105f der S.O. eine enorme Anzahl von Sonntagsstunden bewilligt, so im Bezirk Böhlen 31426 Stunden, im Bezirk Döbeln 19221 Stunden. Wohl gemerkt, hier handelt es sich nur um Ausnahmen nach § 105f, die nur den allerleinsten Theil der Sonntagsarbeit umfassen, denn die bundesrächtlichen und oberbehördlichen Ausnahmen nach § 105d und e der S.O. haben ja bereits fast jeden möglichen Grund zur Sonntagsarbeit legitimirt. Tressend illustriert wird die Ausnahmepräaxis des Bundesrats durch die Ausserung mehrerer Behörder der Röhren- und Papier-Industrie, welche auch die völlige Einhaltung der Sonntagsruhe als ganz unbedenlich erachteten und damit einverstanden seien, dasfern sie im ganzen deutschen Reiche gleichmäßig zur Durchführung läme. Und doch haben diese Industriegruppen am schlimmsten für Ausnahmen agiert. Was die Behörden eigentlich mit den Ausnahmen des § 105f alles vereinbarten, das zeigen drastisch einige Fälle, monach im Bezirk Leipzig eine Papierlaternenfabrik und im Bezirk Döbeln eine Seifenfabrik am Sonntag vor Sedan Ausnahmen behufs Erledigung dringlicher Bedürfnisse, und eine Böhmische Buchdruckerei Ausnahmen wegen einer infolge Rohstoffscarcen entstandenen Lohnbewegung erhalten. Für Süßwaren- und Konditoreien gelten ja bekanntlich aus Gründen übergerichtlicher Ausnahmen nach § 105e zehn- bis zwölfstündige Sonntagsarbeiten.

Auch von einer gründlichen Lohnstatistik ist keine Spur zu entdecken, ausgenommen die vereinzelten Berichte einiger Beamten, durch ein paar herausgerissene Lohnangaben die traurige Lage (oft auch das angebliche Gegenthell) gewisser Betriebsgruppen zu illustrieren. Wie stehen da auf Einkommen von M. 12—18 für Russineninstrumentenmacher, im Bezirk Plauen von M. 7—10 und sogar bis von M. 5—6, und in der Schnurenindustrie im Bezirk Böhlen nur von M. 4. Das ist das schäßliche Arbeitssparadies. Dagegen berichtet der Beamte für Dresden von Einkommenserhöhungen der Chocoladen- und Süßwarenfabrikation infolge lebhafter Überarbeit, d.h. bei mindestens 13½ stündiger Arbeitszeit.

Über die Wirksamkeit der Gewerbegerichte berichten die Beamten von Chemnitz und Döbeln in lobender Anerkennung; dagegen will der Beamte für Aue in seinem Bezirk kein Bedürfnis für die Errichtung eines solchen Gerichts empfunden haben, da angeblich die Behörden (alle Streitfälle in rascher und sachlicher Weise schlichten). Über die Ausstände berichtet ganz im Sinne der Unternehmer der Leipziger Beamte, der die Höhe der Objektivität jedesfalls darin erblickt, der ausständigen Arbeiterschaft alle möglichen Vorwürfe und Anschuldigungen in's Gesicht zu schleudern. Folgende Blüthenleie aus seinen elf Ausstandsberichten mag diese Berichterstattung illustrieren; er spricht da von

*) Die eingeklammerten Ziffern geben das 1894er Resultat an.

Widerrichtigkeit, "verschultes Unregelmäßigkeit", "ungebührliche Verhandlungen und ausführerischem Verhalten", "unwahren Unschuldigungen", "ungeziemlichen Vertragen", "unrechtem, zur Widerrichtigkeit neigendem Verhalten", "Umwertung", "Auslehnung", "Bestrafung von Ungenügenden" u. s. f. Und dabei handelte es sich fast immer um Fälle, die durch Unternehmensregeln zu protestieren waren.

Die Firma offenbar von den beteiligten Unternehmen, aber alle zusammen schufen den Widerstand und Unterdrückung und Vorverachtung, und es ist die Art Berichterstattung eher als Arbeit als ein verhältnis zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften. Und doch hätte gerade der Erfolg dieser Gewerkschaft, sich im Berufe und in der Behandlung der Angelegenheit, die verbliebenen Objektivität zu beweisen, nachdem die Gewerkschaft durch eine ministeriell bestätigte Entscheidung das Vermittelungsglied der gewerkschaftlichen Beschwerdekommission verworfen wurde. Doch wer vermag freien zu entnen von den Dornen? Die Gewerkschaft der Schuharbeiterin bietet jedenfalls den endlichen Beleg zu dem großen Kapitel der behördlichen Verachtung der Arbeiterbewegung in Sachsen.

Noch Einiges über die Unfallversicherung. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug 1870 gegen 12555 im Vorjahr, dazu 4442 (4312) im Vergangen. Endlich verließen in 12 Werkstätten 96 Unfälle, im Bergbau 36. Bei dem Mangel einer einheitlichen Unfallversicherung ist es uns nicht möglich, die Zahlen der auf die einzelnen Fabriken kommenden Unfälle festzustellen. Im Interesse der Unfallversicherung waren 1268 Mängel zu rügen. Häufigkeit der Ge- und hebelsicherheit berichtet der Direktor der Beamten einer Schlafstättenrevision in Baden-Sachsen, welche in einem Falle die Schlafstätten für ungenuend und gesundheitsschädlich erachtet und mit Erfolg zur Belebung eines besetzten und gestürzten Schlafraumes eingewirkt wurde.

Gewerkschaften.

* Die Bädermeister versuchten es auf immer neue Art, von dem verhagten Maximalarbeitsstag in ihren Betrieben loszukommen. Gleichzeitig versuchten sie damit über bei den Aufsichtsbehörden auf Widerstand. Der letzte Versuch ist der einer "freien Vereinbarung" mit den Gesellen dahingehend, daß die Gesellen freiwillig ihre Zustimmung geben, die Arbeitszeit zu verlängern. Ein Berliner Bädermeister hatte mit seinen Gesellen vereinbart, die Arbeitszeit in seinem Betriebe einzuhalt zu regeln, das aber nicht mehr als zwölf Stunden direkt gearbeitet, die Zeit aber verhältnis und mehrfach durch längere Pausen unterbrochen zu haben sollte. Auf ein diesbezügliches Gehuch an das Berliner Polizeipräsidium ist ihm jedoch ein ablehnender Bescheid zugegangen, mit dem bemerkten, daß eine regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit unter keinen Umständen gestattet werden kann, wobei es gleichzeitig ist, ob die Gesellen freiwillig heraus eingehen und welche Art ihre Beschäftigung in den Überstunden ist. Gegen diesen Bescheid soll Einspruch erhoben und der Rechtsrat durch alle Instanzen durchgeführt werden.

Die Entscheidung des Polizeipräsidiums steht im vollen Einklang mit den durch die Bundesratsordnung besorgten Absichten. Die Durchsetzung derselben durch sogenannte "freiwillige Vereinbarungen" würde die Verordnung einfach hinfällig machen. Die Herren Bädermeister sollten ihr Verhalten, immer neue Fristen zu finden, radikal ergraben und versuchen, sich in verantwortiger Weise mit der Verordnung abzufinden. Wenn nur der gute Wille dazu vorhanden ist, wird es ohne Schwierigkeiten gehen.

* Die Juniorsprecher sind überall selbst. Mit bewaffneten Mitteln, mit welchen man jüngst in Dresden den Maximalarbeitsstag zu Ende führen wollte, geht man auch jenseits der Schwarzenbergstraße gegen den Erhaltungsbau der Bädergebäude vor. Auch dort liegen unsere Kollegen in einem ununterbrochenen Kampf gegen die Bädermeister, um den ihnen durch Gesetz garantierten wochenlängen Ruhetag zu befreien. Sie gehen häufig in Gang die Herren Bädermeister in einer Verhandlung, welche mit den Vertretern der Gesellen vom Stadtrath einberufen war, zu Protokoll: "Wir werden den Erhaltungsbau nicht einzuführen, wir kommen, was es wolle." — Diesebelei brachte vorgerufene Auslehnung gegen die Arbeiterschaftsgefechte, wie bei uns in lieben Deutschland!

* Statist am die heutige Arbeitsschicht! Durch die Gewerkschaften der Berliner Bädermeister wurden die früheren und späteren Zeiten der Freiheit, die in den Streit gesunken, auch unter dem Vorzeichen, daß absehbar wollten fort im eigenen Hause sein. Jetzt, nachdem der Streit wieder die Auswirkung für die Bädermeister in Deutschland hat, haben die Bädermeister die Befreiung von der Befreiung aus dem Rücken bis 50 pf. ausgewandert. Nach wenigen Jahren Arbeit, noch durch Unterdriß zu verstüppen, der Organisationsfunktion nicht mehr angeglichen, dafür aber den vorher freien geprägten Bädermeister wieder zurück zu bringen.

Diese Fortsetzung der Gewerkschaften kann, auf was es vorbereitet wären kann: Fortsetzung der Gewerkschaften Gewerkschaften, um am nächsten Tage bei einer Versammlung der Gewerkschaften der Bädermeister, die einen Kompromiß mitteilen kann. Ein Tag, der die Gewerkschaften der Bädermeister gründen. Sie werden zur Zeit 150 Personen. Sie unterscheiden das Bädermeister, wenn das Gewerkschaftsrecht der Arbeitnehmer.

Die Firma gehört zu den großen Betrieben, welche die Produktion der Jahre jetzt 250 000 Stück hat, welche nach allen Seiten Fortschritte verzeichnet werden. Ein allerhöchste der Zeit aufgestellt, ist ihre Errichtung derartig, daß die Produktion verdoppelt werden kann und mit ihr die Arbeitszeit. Das Ergebnis dieses zweijährigen Jahre be-

stehenden Unternehmens ist außerordentlich vorzüglich, und die Preise sind nicht höher als die der Konkurrenz; sie betragen M. 2,50, M. 3, M. 3,50, M. 4, M. 4,50 pro Stück im Einzelverkauf, je nach Qualität.

Die Firma ist kein kapitalistisches Unternehmen, sondern befindet sich vollständig unter Kontrolle der Organisation. Das Fabrik wird durch eine private Partei gekennzeichnet, welche unter dem Schriftsteller steht. Die Partei kommt aus den diejenigen Fabrikanten, die ihre Waren zu den von der Gewerkschaft festgesetzten Bedingungen herstellen. Es ist daher der laufenden Arbeitszeit, welche mit uns sympathisiert, sehr leicht gemacht, und ohne Geldosten im Kampf zu unterstützen, indem sie Hilfe kaufen, welche mit dieser Partei verbunden sind.

Die Firma als Zufluchtsort für die Gedachten wird den Sammelpunkt bilden, von wo aus wir unsere alte Position wieder zurückerobern, das heißt, unserer Organisation zur früheren Größe verhelfen können.

Wir bitten daher die gesamte deutsche Arbeiterschaft nochmals, uns in unserem gerechten Kampf in der Weise zu unterstützen, indem sie Hilfe kaufen, die mit der grünen Erkennungsmarke versehen sind.

Der Vorstand der organisierten Hutmacher Berlins.
S. Land. S. Rühr. C. Kempe.

Versammlungen.

Baut-Wilhelmshaven. Am 6. September tagte bei Hels eine mittelmäßig besuchte Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle. Aufnehmen ließen sich drei neue Mitglieder. Kollege Dirks erklärte den Kartellbericht. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß das Kartell zum 28. September ein Gewerkschaftsfest zur Einweihung der vergrößerten "Achse" vorangibt hat. Bei unseren ersten Vorständen, Büro, welches in die Dienstkolonie einzüge muss, ist unser altherwähnter Kollege Blümker zum Leiter unserer Zahlstelle gewählt. Die Kollegen Hels, Janssen und Peters, welche gleichfalls vorgeschlagen waren, haben abgelehnt. Die Maximalarbeitszeit wird bei uns sehr wenig eingehalten. Im Preußischen haben wir schon offizielle Arbeitgeber benannt, aber im Oldenburgischen ist uns dies unmöglich, weil die Behörden die Verordnung einfach ignorieren. Unser Hauptvorstand hat das oldenburgische Ministerium informiert; ob schon eine Antwort eingingen ist, wissen wir nicht. Kollege Brüdenberg stellte den Antrag, der Hauptvorstand möge unserer Maximalarbeitsaktion die Sache unterbreiten. Die hiesige Konsumgenossenschaft, welche zur Zeit 8 Gesellen in ihrer Bäckerei beschäftigt, hat das Gehalt von M. 90 auf M. 100 monatlich erhöht. Diese Regelung ist wieder ein großer Vorrat für die Bädermeister, welche hoch und hell schwören, schon ein Wochenlohn von M. 6-8 müsse sie unzulässig zu Grunde richten. Die Konsumgenossenschaft, welche seit über ein Jahr nur 12 Stunden oder weniger arbeiten läßt, das Brot bedeutend schwerer liefert, einen erschändigen Lohn zu die Arbeit zahlt und trotzdem eine Dividende von 6 pf. an die Mitglieder zahlt, gibt auf das zweite Lamento der Juniorsmeister die beste Antwort.

Worms. Sonntag, den 27. August, tagte hier eine nicht sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung. Zwei neue Mitglieder wurden in den Verband aufgenommen. Sobann hielt Kollege Göthe Vorlesungen aus der Geschichte der französischen Revolution, die jedoch wegen der Kürze der Zeit in dieser Versammlung ihren Abschluß nicht finden konnten und in nächster Versammlung fortgesetzt werden. Als Begeisterter wurde sobann Kollege Göthe gewählt. Zerner wurde dem jetzigen Kassirer eine kleine Geldentnahmung für seine Arbeit und Mühe zugetragen.

Berlin. Eine von tausend Personen besuchte öffentliche Versammlung der Bäder Berlins und Umgegend tagte am 1. September in Keller's großem Saal, Koppenstraße 29. Kollege Barth, welcher auf dem Breslauer Meisterverbandstag anwesend war, berichtete über die dort geschlossenen Verhandlungen. Noch nie, so führte der Redner aus, sei die ganze Arbeitseinslichkeit der Juniors so zu Tage getreten, wie in Breslau. Gerade der Punkt der Tagesordnung, Maximalarbeitsstag, zeigte die Herren im wahren Lichte. Allen voran waren natürlich die Skrupellosen der Juniors, die Herren Bernhardi, Gemeinhardt, Blumenthal usw. Nachdem sie ihrem gequälten Herzen durch die lantesten Klagen Luft gemacht hatten, nahm man eine von der Hamburger Juniors gefestigte Resolution, in welcher im Namen von 27 000 Meistern und Lehrlingen auch von den Gesellen, die nicht mit dem Maximalarbeitsstag aufzudenken scheinen, an, in welcher Stellung gegen den Maximalarbeitsstag zusammen wird. Zu dem Punkt der Tagesordnung, welcher die Sonnabendruhe betrifft, referierte in Breslau Herr Langold. Dieser Herr wußte weiter nichts Positives dagegen vorzubringen, als daß der Prediger am Sonntag traut und faust, und daß ihm keine Gesellen an einem Sonntag für die Arbeit M. 2,50 zu zahmen, welche übrig geblieben war, ausgerechnet hätten. Ergo müßte die Sonnabendruhe wieder abgeschafft oder mindestens bis 8 Uhr Mondaus eingeführt werden. Von seinen läbbernden Kollegen mußte ihm der Herr sagen lassen, daß sie mit der Sonnabendruhe ganz zufrieden sind. Was die Handwerker, vorlage wurde statt Überprüfung, untersagte. Um weiter zu wundern nach den Herren, daß nach der Vorlage den Gesellen angeblich auch Rechte zugesprochen. Schließlich wurde, jedenfalls um dem Baudirektor die Doktorarbeit der Bädermeister zu zeigen, der anscheinende Vertreter der Regierung, Herr Steigmannsche Schule, zum Ehrenmitglied des Juniorsvereins "Germania" ernannt. Hierauf schloß unter lebhaftem Beifall folgende Tafel seinen Bericht. So bei der Diskussion, welche sehr lebhaft geführt wurde, beteiligten sich mehrere Kollegen. Hieraus wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heute, am 1. September, bei Keller, Koppenstraße 29, tagende, von 1000 Bädermeistern gehaltene öffentliche Versammlung der Bäder Berlins und Umgegend, erklärt nach Abstimmung des Vereins über die geschlossenen Verhandlungen auf dem Meisterverbandstag in Breslau in aller entschiedenen Weise die dort gemachten Angaben gegen die Unmöglichkeit der Durchführung des Maximalarbeitsstages für gänzlich entstellt und verzerrt, sowie für den Aussatz vollständlicher Betreibungen und niedrigster Selbstkost. Die Versammlung hat die volle Gewissheit, daß überall da, wo nur einigermaßen guter Willen des Unternehmers vorhanden ist, der Maximalarbeitsstag prompt durchgeführt werden kann und durchgeführt wird. Des Herrenen spricht die Versammlung ihre Entschließung darüber aus, daß jede gewisse Regelung unter den Arbeitgebern selbst auf die unanständige und verwerfliche Art unterdrückt wird, wie der Breslauer Verbandstag zu wiederholten Malen gezeigt hat. Sie legt die Erwartung, daß die hohe Reichsregierung den Wünschen dieser Verein nicht entsprechen wird."

— Die Juniors "Germania" hatte zum 3. September eine Versammlung aller bei Juniorsmeistern arbeitenden Gesellen

eingebeten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Untersuchung aller in Arbeit gehenden Gesellen auf ihren Gewerkschaftsaufstand", bemerkte Obermeister Bernhardi mit einigen einleitenden Worten, daß die Berliner Gesellen wohl die Behauptungen des Abgeordneten Hebel, die der selbe in Bezug auf Kräfte und Syphillis-Krankheiten, mit welchen die Bäder belastet seien sollen, im Laufstage gehabt habe, nicht auf sich sitzen lassen würden und wollte kurzer Hand über eine Meinung, welche das Gegenteil besagt, abstimmen lassen. Von den etwa 2000 anwesenden Kollegen stimmten gerade 2 dafür, und der Herr machte wohl über Übel dem Bedarf nach Diskussion statten. Von allen Kollegen wurde den Meistern das folgende Ihre Vorhaben vorgehalten. Denn wollten die Meister ernstlich diese Uebelstände bereitigen, so sollten sie doch gleich das Übel bei der Wurzel anfassen und das kost. und Logistischen beim Meister abschaffen und nicht die Gesellen unter fittenpolizeiliche Kontrolle stellen. — Mit Zustimmung der Versammlung wurden der erste und zweite Punkt der Tagesordnung verbunden, und erreicht der Referent zum zweiten Punkt, "Der Maximalarbeitsstag", Herr Schneidermeister Rau das Wort. Dieser Herr schien es darauf abgesehen zu haben, den Gesellen auch einmal eine vergnügte Stunde zu bereiten. Der Herr spielte eine so spakante Figur als Referent, daß ihm Herr Bernhardi hinterher einige spitze Bemerkungen über seinen gemütlichen Vortrag indirekt zu schließen gab. Als der Herr Obermeister merkte, daß die organisierten Gesellen auf dem Punkt stand, salutierte er, angeblich weil er keine Zeit mehr habe, kurzer Hand die Versammlung, trocken nach viele Tagen in die Rednerliste eingetragen waren. Die Resolution der Meister, meinte er, würde ja doch nicht angenommen, und diejenige, welche die Gesellen eingeschickt hatte, möchten sie in ihrer Versammlung abstimmen. Am Schlusen auf die Sozialdemokratie und den Verordneten Hebel trennten sich die Versammlungen unter Abhängigkeit der Marxsliste.

Düsseldorf. Die Versammlung am 18. September, Vorm. 11 Uhr, war gut besucht. Es ließen sich acht neue Kollegen in den Verband aufnehmen, weil sie anwanden, daß das die einzige richtige Organisation ist. Darum kam Kollege Hedmann und sprach über den Breslauer Verbandstag der Bäckerinnungen, welches eine lebhafte Diskussion hervorrief, und beantwortete die Versammlung die Reden vom Breslauer Bäckertage mit einem Pfalz. Hieran wurden Vereinssangeleghenheiten besprochen und wurde das Vereinslokal im Rathsteller einstimmig gewählt. Die Verbandssochen und die Utensilien werden am Sonntag im Vereinslokal untergebracht. Zum Schlus sprach Kollege Österreiter über das Herbergswesen und über den Arbeitsnachweis, und daß Sie sich um das Banner schaaren sollen, damit wir stark werden, denn nur wenn wir ein Ganzes bilden, können wir stark für das Wohl der Bäckerarbeiter eintreten. Schlus der Versammlung 1 Uhr.

Frankfurt a. M. Eine öffentliche Bäckerversammlung fand am vorigen Mittwoch im "Stiebstock" statt. Zunächst sollte ein Vortrag gehalten werden, jedoch der Referent erschien nicht. Über die Entlassungen von Gehilfen wegen der Kontrolle betreffs des Maximalarbeitsstages entstand eine lebhafte interessante Debatte, an welcher sich zirka 15 Kollegen beteiligten. Aus ihren Schilderungen ging hervor, daß in vielen Geschäften die Verordnung nicht eingehalten wird, bei Vielem ist noch einmal der Kalender, in den Arbeitsräumen angebracht; bei Manchen wird täglich länger gearbeitet. Diejenigen, welche nicht gewillt sind, über die Zeit zu arbeiten oder an dem Kalender einen Loch durchbohren, werden einfach entlassen. Höchst drastische Ausdrücke kann man da hören, welche die Meister mit ihrer "Bildung" gebrauchen, um ihrem Berger Lust zu machen. Ein elender Typus sei derjenige, welcher das Gesetz achtet und die Ausführungen verlangt. Also die reinsten "Umschwärzler" sind diese Bädermeister. Sämtliche Redner traten für kräftige Unterstützung der Gewerkschaften ein, und sind zu diesem Zwecke Sammelstift im Umlauf. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die heutige öffentliche Bäckerversammlung protestiert entschieden dagegen, daß in verschiedenen Bäckereien wegen des Maximalarbeitsstages Entlassungen solcher Gehilfen vorgenommen, welche nicht gewillt sind, länger als die vorgeschriebene Zeit zu arbeiten. Die Anwesenden verpflichten sich, die Entlassenen kräftig zu unterstützen; ferner verpflichtet sich die Versammlung, jede Übertretung zur Anzeige zu bringen." Die Rauheit der hiesigen Behörden wurde gerügt und strengere Kontrolle verlangt. (Diese Forderung der Versammlung hat auch Beachtung seitens der Behörde gefunden; es hat eine diesbezügliche Revision in den Bäckereien gegeben. Die Rauheit.) Alsdann kamen noch verschiedene Klägeräte der Schäßfliessen zur Sprache; so haben in der großen Sandgasse 3 Mann ein Zimmer mit einem Raum, welcher für einen zu klein ist. Beschwerden der Arbeitsermittlung wurden der Sprechkommission überwiesen. Zum Schlus ermahnte der Vorsitzende, die Organisation hoch zu halten und ihr immer neue Mitglieder zuzuführen, da noch schwere Kämpfe bevorstehen.

— Am Mittwoch, den 9. September, fand eine Bäckerversammlung statt. Nachdem die Abrechnung vom 2. Quartal erledigt war, wurde die Entlastung besprochen. Der Antrag auf Veränderung wurde angenommen. Es wurde eine Kommission gewählt mit der Bemerkung, daß ein von denselben bestimmtes Sozial wappengebend ist. Da verschiedene Gesellie angeboten wurden, aber prinzipiell nicht genommen werden konnten, so wurde der "Rheinhof" als am passendsten befunden, zudem der "Stiebstock" auf die Gewerkschaften angewiesen ist. Obwohl einige Mitglieder lebhaft protestierten, wird doch jeder Einzelne den Beifall für richtig halten.

Hamburg. Eine Massenversammlung der Bäder von Hamburg und Altona tagte am 27. August bei Lütje, Valentinskamp. E. Kretschmer referierte über das Thema "Nach zehn Jahren", der Hauptthema nach ausführend, daß am 27. August 1886 die Kollegen Hamburg-Altonas in den Streit traten. Die erste Organisation der Kollegen gründete man im Jahre 1883, die unter den damals obwaltenden Verhältnissen noch nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stand. Noch 1884 lehnte man eine Petition für den Maximalarbeitsstag ab, weil dessen Durchführung nicht einzusehen sei. 1885 fand der Kongress in Dresden statt und erfolgte die Gründung einer Organisation im übrigen Deutschland. Die alten von Harmonie erfüllten Führer fielen ab und neue, radikale traten an ihre Stelle. Am 26. Mai 1886 fand eine gemeinschaftliche Versammlung der Kollegen von Hamburg, Altona und Harburg in Altona statt, denn in Hamburg durften damals unter dem Sozialistengesetz keine öffentlichen Versammlungen abgehalten werden, in welcher beschlossen wurde, mit Forderungen an die Meister herauszutreten. Eine Kommission von 15 Mann legte drei Monate später, am 18. August, die von ihr im Auftrage der Kollegen ausgearbeiteten Forderungen zur Genehmigung vor. Einstimmig wurde beschlossen, folgende Forderungen den Arbeitgebern zu

unterbreiten: 1. 10ständige Arbeitstage, nicht vor Sonnabend 10 Uhr aufzunehmen, Sonntags um 12 Uhr; das zweite Votum am Sonntag sollte aufstatt mit M. 1,20 mit M. 1,60 bezahlt werden; 2. vom ersten zum zweiten Werktag Erhöhung der Arbeit; 3. 25 Pf. Bohnenabgabe; 4. Füder ein Bett, zwei reine Handtücher die Woche; 5. gute bürgerliche Kost. Die Forderungen wurden den Innungen unterbreitet und sollte das Ablehnen derselben gleichzeitig als Rücksichtnahme gelten. Bis auf die beiden handlichen die Woche wurde natürlich Alles abgelehnt, und nun beschloß eine von über 1200 Kollegen berufene Versammlung am 25. August, in den Streik einzutreten. Eine Tellerfassung sieserte den Betrag von M. 470. Mit einer seltenen Einigkeit legten die Freunde heute vor 10 Jahren die Arbeit nieder; hörte. Da von über 1200 Kollegen blieben in ihren Stellen. Schon am 31. August veröffentlichte die "Bürgerzeitung" die Namen von 50 Broträdern, die ihren frischen Kollegen in den Rücken gefallen und zu Streitbrechern geworden waren. Wie bei jedem Streik, stellten sich die Behörden auf Seite der Arbeitgeber; wir wissen die Thätigkeit derselben zu schätzen. An Unterstützung wurden gegen M. 9000 ausbezahlt; M. 4000 brachten die Hamburger Kollegen selbst auf, M. 4000 die Hamburger Arbeiterschaft, darunter die Maurer allein M. 1000, die Zimmerer M. 500 usw. Traurig war die Unterstützung der Kollegen aus dem übrigen Deutschland, im Ganzen M. 300, während die Kollegen Hamburgs ausländisch des Streits der Kollegen in Berlin in zwei Tagen allein M. 300 aufbrachten. Eine energische Agitation war nicht erlaubt wegen des Belagerungsstandes. Nach 7 Wochen, am 7. Oktober, wurde der Streik für verendet erklärt, leider resultlos. Die nicht organisierten Kollegen der umliegenden Städte, die Broträger u. a. m., hatten den Kollegen eine Niederlage bereitet. Die Zahl der Gemahregelten war groß, die meisten derselben sind im Sommer 1887 abgetreten. Aber nicht umsonst war der Kampf; wir haben die Kollegen zum Klassebewußtsein erzogen. Während bei denselben früher jedes Wort über Politik verboten war, stehen wir jetzt fest in den Reihen des internationalen Proletariats. Gobau referiert Ullmann über den Germaniaverbandstag in Breslau, die dort gesellenen Neuerungen scharf kritisirend. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: "Die heutige gut besuchte Versammlung der Bäder von Hamburg und Altona protestiert gegen die unwahren Behauptungen des Vertreters der Hamburger Bäderverwaltung, Herrn Blummann, auf dem Innungsverbandstag in Breslau, gegenüber den Bäderarbeitern Hamburgs und erachtet denselben, seine Angaben zurückzunehmen." Mit einer kräftigen Ansprache, treten zur Organisation zu halten, schloss der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung, 40 Kollegen ließen sich in den Verband einstreichen. Eine Tellerfassung, deren Ueberschuss den Flensburger Werstarbeitern zu Gute kommen soll, ergab M. 38,12.

Mitgliederversammlung am 10. September bei Pfabe, hohe Gleichen 30. Ueber "Die Organisation, ihre Macht und ihre Bedeutung" referierte Genosse Kimmel in etwa 1½ stündigem Vortrage. Der Redner ernste für seine lehrreichen Ausführungen den lebhaftesten Beifall. Im Anschluß hieran ermahnt der Vorsitzende die Kollegen, auch die Konsequenzen aus dem eben Gehörten zu ziehen und ständig für die Organisation zu agitieren. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell liefert Kreischner. Der Vorsitzende thut mit, daß der Vorstand beschlossen habe, vorläufig M. 50 aus der Verbandskasse für die freilenden Flensburger Werstarbeiter zu bewilligen. Das Geld soll nachher von dem Ertrag der Sammelstellen abgezogen werden. Die Mitgliedschaft genehmigt dies debattiert. Weiter wird seitens des Vorsitzenden bemüht gemacht, daß in letzter Zeit ein unbekanntes Individuum hier Abonnenten für eine "Bäder- und Konditorzeitung" sammle. Es ist dieses das Organ der süddeutschen Bäder in nunmehr genannt "Gagonia". Die Kollegen mögen also auf der Hut sein. Ullmann heißtet mit, daß dieses Blatt u. a. auch unserem früheren Gesellen-führer D. Blummann als Ablagerringsplatz für seine Gemeinpläne diene, nachdem es der "Güntherchen" in Berlin wohl des Guten zu viel geworden. Redner verzichtet darauf, den geehrten Herrn Innungsbaudermeister noch einmal zu einer Versammlung einzuladen, nachdem er heute auch nicht erschienen ist. — Drei Lehrlinge, so erwähnt der Hauptvorsitzende, haben manchen Kollegen beschämmt. Dieselben haben sich beschwerdeführend an den Vorstand gewandt, weil wohl bezüglich der Gehälter der Maximalarbeitszeit immer gehalten wurde, nicht aber für die Lehrlinge. Nachdem einer der Lehrlinge ziemlich fertig mit seiner Arbeit war, sollte er dieselbe von Anfang an noch einmal machen. Als er nun schüchtern einwarf, er hätte doch schon drei Viertelstunden länger, als den gelesenen Vorchriften entsprechend, gearbeitet, stieg dem Herrn Bädermeister ob solcher Antwort die Fize in den Kopf. Dem Lehrbuben wurden einige warme "Mauschellen" appliziert und — deutsch gesagt — wurde der arme Junge wundelreich geschlagen. Auf Antrag Ullmann wird beschlossen, auf die Tagessordnung der nächsten Versammlung eine Erläuterung unserer Forderungen, darunter die eines Minimallohnes, zu legen. 58 Kollegen wurden in den Verband neu aufgenommen und vom Vorsitzenden auf ihre Spuren hingewiesen. Hieraus Schluß der außerordentlich gut besuchten Versammlung.

Grenzacher. In der öffentlichen Bäderversammlung, die am vorigen Mittwoch Nachmittag im großen Bahnhofssaal tagte, referierte Kollege Kühl über das Thema: "Wie steht es mit der 10ständigen Arbeitszeit im Bädergewerbe?" Der Referent führte aus: Als im März d. J. die bekannte Verordnung des Bundesrates im "Reichsangeiger" veröffentlicht sei, habe die organisierte Arbeiterschaft und insbesondere die organisierten Bädergesellen, weil bestreitigt, diese Verordnung mit Freuden begrüßt, sei doch ein städtisches Ausbildungsberechtigt bestreitigt worden. Obwohl nun seit Entstehen dieser Verordnung bereits mehrere Monate vergangen und man hätte erwarten können, daß die Bädermeister sich bestreitigt, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden, verfügte man statt dessen von Seiten der Bädermeister, mit allen möglichen Mitteln die Verordnung zu bekämpfen und wirkungslos beziehungsweise unmöglich zu machen. Momentlich seien es die Angehörigen der Innungen, welche die Verordnung wieder zu stürzen suchten. Redner führte dann die verschiedenen, von uns besprochenen Fälle an, in denen auf Grund von Innungsbestimmungen die neue Verordnung bekämpft wird, aus der Statistik der Central-Kranken- und Sterbstatistik der Bäder wie der Vortragende nach, daß die Gesundheitsverhältnisse der Bäder sehr beständige und fruchtige Verordnung seien notwendig gewesen sei. Durchschnittlich habe die Bäderkasse im Vorjahr auf 100 Mitglieder 36 Krane mit durchschnittlich 6%. Unterhaltungstage aufzuweisen, wobei noch in Betracht gezogen werden müsse, daß die Bädergesellen mit geringen Ausnahmen sämtlich im Alter von 17 bis etwa 30 Jahren ständen, also in einem Alter, in welchem ein junger Mensch mit normalen Gesundheitsverhältnissen überhaupt keinen Krank sei. Dieses ungünstige Resultat sei lediglich die Folge der Verlustverhältnisse. Redner schilderte dann die Zustände in den hiesigen Bäderen,

die höchstens thollende recht bader Natur seien. Was besonders auffällig wäre es erachtet, daß der Magistrat von Hannover bis jetzt ebenso wenig die Verordnung gezeigt, noch die vorgeschriebene Bäderarbeitszeit an die Bädergesellen ausgegeben habe, während vom Magistrat in Bäder Beldes erfolgt und die Bädergesellen auch bereits revidirt seien. Recht gab dann noch bekannt, daß eine Beschwerdekommission besthebe, welche die hierzu vor kommenden Bäder gegen die Verordnung zur Kenntnis der in Betracht kommenden Behörde zu bringen sich versucht habe. Pflicht der Kollegen müsse es sein, der Kommission durch wahrschlagsgetreue Bekanntgabe solcher Verhältnisse an die Hand zu geben. In der Diskussion versuchte dann der Bäder-Innungsmaster Meyer, die Befähigung am hiesigen Orte als nicht so schwach hinzustellen. Der genannte Herr gebrauchte aber in seinen Ausführungen derartig unanständige Redewendungen, daß ihm der Vorsitzende das Wort entziehen und schließlich, da der Herr Innungsmaster die Versammlung zu hören suchte und der überwachende Beamte mit Auslösung drohte, hinzuweichen mußte. Folgende Resolution fand alsdann einstimmige Annahme: "Die am 26. August im "Walhalle" tagende öffentliche Bädergesellen-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Kühl über die neue Bäderarbeitszeit einverstanden und protestiert entschieden gegen die Befähigung des Verbandsstages der Bädermeister in Dresden. Die Versammlung erklärte in dem Vorgehen der Bädermeister eine Verlängerung der allgemeinwirksamen und minimalen Einrichtungen zum Schutz der Bäderarbeiter und erwartet von der Regierung, daß diese sich durch das Vorgehen der Bädermeister nicht beeinflussen lassen werde. In den Bädermeister der Stadt Hannover rückt die Versammlung das Eruchen, behufs Anerkennung und Durchführung der Verordnung von Seiten der Bädermeister eine schärfere Kontrolle der Bäder über zu wollen. Zugleich beantragt die Versammlung die Beschwerdekommission, zufolgendes Orts dahin vorstellig zu werden, daß jetzt endlich auch in Hannover die bundestrüttliche Verordnung selbst, sowie der zum Aushang bestimmte Wandkalender den Bäderen ausgehändigt werden."

Kübel. Versammlung der Mitgliedschaft am 6. September. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Wahl eines Votens bezw. Präsidiums. 3. Verbandsfrage. 4. Verschiedenes. Während des ersten Punktes der Tagesordnung wurden 9 neue Mitglieder aufgenommen. Beim zweiten Punkt wurde beschlossen, dem Kassier einige Hülfssäcke zur Seite zu stellen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung erklärte der Wirth Schönberg, daß er die Herberge aufgeben müsse, da er von der Bäder Gesellen, namentlich aber von dem Bergungsverein "Brüderlichkeit" nicht genugzuführt würde, den Fachverein aber wollte er gern behalten. Kollege Breithaupt kritisierte eine Annonce in den hiesigen Tageszeitungen, wonach Schönberg trotz der Aufgabe der Herberge nach wie vor Gelegen empfahl und erachtete Schönberg, diesen zu unterlassen. Kollege Bierett meinte, wenn Schönberg konsequent sein wollte, dürfte er, wenn er die Herberge nicht mehr behalten wollte, auch keine Stellenermittlung mehr bei behalten und auch keine heimenden Bädergesellen bekehren, denn dieses würde die Bädergesellen immer nicht entzücken. Redner erfuhr die Anwesenden, daß die neue Herberge zu stimmen, damit wir mit der "Brüderlichkeit" zusammenkommen, da ja ein bedeutender Progenzahk derselben dem Fachverein angehört, andernfalls der Fachverein nur Schaden haben würde. Kollege Kuhlen sprach sich für Schönberg aus, da wir keinen Grund zum Ausziehen hätten. Kollege Böls sprach dagegen, da die angerechneten Verbandsmitglieder noch genugzuführen, wo sie hin sollten. Es wurde nun zur Abstimmung durch Stimmentzettel geschriften und wurde die Herberge des Herrn Jürgens in der Stabenstr. mit großer Mehrheit gewählt. Zu "Verschiedenes" beantragte ein Mitglied, der Hamburger Mitgliedschaft zum Stiftungsfest ein Begrüßungstelegramm zu senden, was einstimmig angenommen wurde. Ein Mitglied erbot sich, die Kosten zu tragen. Ein Mitglied führte Klage gegen seinen früheren Kollegen; es wurde beschlossen, dieses zu vertagen und den Betreffenden zur nächsten Versammlung per Brief einzuladen. Einige Anträge, betreffend die neue Herberge, wurden der vorgesetzten Zeit halber auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gestellt.

Rostock. Am 6. September hielt wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Was unternehmen wir, um die Güstrower Kollegen zu organisieren? 3. Errichtung einer Bibliothek. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 ist zu erwähnen, daß zwei neue Mitglieder aufgenommen wurden. Punkt 2 wurde ausgesetzt, weil, wie Kollege Böls anföhrt, es wohl besser wäre, wenn wir so lange warten, bis ein paar organisierte Kollegen nach Güstrow in Arbeit kämen. Ueber Punkt 3 entpann sich eine längere Debatte, da welcher sich die Kollegen Rieckmann, Schulz, Böckmann und Kühnert befreihalten und moria Kollege Rückbaum den Antrag stellte, daß wir unsere Mitgliedschaft eine Bibliothek errichten werden soll. Dieser Antrag wurde angenommen. Ebenfalls ein vom Güstrower Bädermeister gestellter Antrag, zum Besen der Bibliothek eine Sammelbüchse anzulegen, in welche jeder einen freiwilligen Beitrag gäbe, wurde einstimmig angenommen. Einige Mitglieder, welche im Besitz von Büchern sind, boten sich an, diese freiwillig der Bibliothek zur Verfügung zu stellen. Das Güstrower Vereinsmitglied stellte Kollege Böls den Antrag, ein Bergungsamt bestimmen zu lassen. Dieser Antrag wurde angenommen; bezüglich eines Antrags des Kollegen Böckmann, ein Sekretariat zu wählen, weiters mit der Errichtung des Bergungsausschusses befreit wurde. Hierzu war die Tagesordnung erledigt und füllig der Vorstand mit einem beständigen Hoc auf die allgemeine Bäderarbeitszeit zu 7 Uhr die gesetzte Verordnung. — Zusätzlich ist aus vorheriger Versammlung noch zu schmettern, daß eine Kontrollmission gewählt wurde, welche die Kontrolle in den Bäderen vornehmen soll betreffs der Durchführung der Tafeln, und ist zu erwähnen, daß bis jetzt kein Falle konstatiert sind, welche bei der Polizei angezeigt wurden.

Eingefügt.

Ger. a., im September.

Ein belauerte Thatsache ist, daß unsere herren Bädermeister Himmel und Hölle in Bewegung setzen und vor nichts zurücktrecken, mögen die Mittel, welche sie dazu anwenden, wie uns ja der Verbandsstag der Herren gezeigt hat, auch noch so unverfehrt, unserer Sache ihre Unterstützung zu leisten. Einige Genossen, welche die Stenographie befehligen, werden gehalten, dem Verband beizutreten. Monatlicher Zeitung 30 Pf., wöchentliche Zeitung "Der Arbeiter-Stenograph" (7 Seiten in Stenographie und eine Seite Appendix). Wöchentlicher Unterricht über die Einrichtung von Unterrichtskursen, brieflichen Unterricht usw., erhält der Vorstand des Verbandes der Arbeiter-

wenige Zeit aber für die Verhandlungen verbleibt, ist nicht viel zu sagen, eine Sitzung über könnte man bei diesem Verbandsstag machen, aufstatt bei gewöhnlich anwesenden zwei Polizeibeamten zwei königliche Geheim- und Regierungsräthe zu den Verhandlungen einzuholt werden; was dieselben dort von den redseligen Herren zu hören bekommen, was über oftmals etwas stark. Mit Arbeitern, die sich in ihren Versammlungen etwas Deratiges erlauben würden, würde man nicht viel Friedliches gemacht haben, doch dieses war nebenbei. Es giebt nun aber auch einen großen Tell von Bädermeistern, für die der Maximalarbeitszeit überhaupt nicht existirt. Die Gelegenheit kommt, wie häufig wahrnehmen. Eine Anzahl Mitglieder von uns unternehmen einen Ausflug nach dem nahe gelegenen Städtchen Ehrenberg i. S. A.; auch hier bemerkten wir die Gelegenheit, uns zu erkundigen, ob man auch dort die gesetzlichen Bestimmungen imhält. Auf Begegnen teilte mir der Lehrling des Bädermeisters Toller mit, daß bei ihnen die Arbeit nur Nachts 1 Uhr beginne und bis um 4 oder 4½ Uhr Nachmittags dauere. Wo bleibt denn hier die buntestrüttliche Verordnung? Von dem Vorhandensein der Verordnung in der Bäder ist den Lehrlingen nichts bekannt. Am Sonntags beginnt die Arbeitszeit Sonnabends Nachts um 12 Uhr und dauert bis Sonntag Mittag. Wo bleiben denn hier die Sonntagsruhe-Bestimmungen, oder noch richtigler gefragt, die Behörden?

Aus freilich, wo wir keine Verbindungen haben, da gilt eben auch das Sprichwort: "Wo kein Kämpfer ist, da ist kein Richter!" Deshalb wird es um so notwendiger sein, daß nach dem Wunsche der Generalkommission im letzten "Correspondenzblatt" die Kartelle und überhaupt die organisierte Arbeiterschaft nach möglichsten Kräften darüber wachen und daß man bei richtige Fälle den zuständigen Behörden mitteile.

Da ich nun einmal beim Schreiben bin, kann ich nicht unterlassen, meiner Verwunderung Ausdruck zu geben über die in Nr. 17 unseres Fachblattes gebrachte Notiz bezüglich der Berliner Verhältnisse. Es kann meine Absicht nicht sein, mich in die Verhältnisse der Berliner Kollegen hineinzuversetzen, sondern ich spreche meine Ansicht vom Standpunkt der Allgemeinheit aus.

Zunächst ist es ja nun einmal eine Thatsache, daß zwei Organisationen in Berlin bestehen, die beide auf ihre Weise gehalten haben: "Erhöhung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für andre Kollegen." Wie oft hört man nicht in den Versammlungen den aus seiner Organisation Angehörenden zurück: "Vereint sind wir alles, vereint sind wir nichts!" Dabei geht jede der Organisationen, die gleiche Ziele zu erreichen, ihren eigenen Weg. Doch auch hier wäre nicht so sehr gefehlt, wenn es "auf die Parole oft: "Getrennt marschieren und vereint schlagen." hierin liegt des Babels Keim. Beträgt nun die jetzige Situation, so sehen wir, daß die Meister an allen Orten und Ebenen, sie mögen der Firma angehören oder nicht, sie mögen sonst noch so einzig sein, alle einig sind im Kampfe gegen ihre Arbeit.

Und was sehen wir bei unseren Kollegen? Es ist zum wohl zwingend notwendig, daß auch wir alle Gruppen zusammen, um zunächst einmal die einzigen erwähnten Vorteile auszunehmen und nicht gar wieder zu verlieren. Meister: an einzelnen Orten rüstet man sich wieder zu neuen, notwendigen Kämpfen. Auch hier ist es notwendig, daß wir nicht direkt daran beteiligt sind und geschlossen wie ein Raum hinter unseren Kollegen stehen, um denselben gegebenenfalls zum Siege zu verhelfen.

Deshalb auf, Kollegen! Weg mit allen Streitigkeiten und veröfentlichen Arbeitern, die doch nur der Allgemeinheit haben. Deshalb die Streitart begraben, den Frieden geschlossen, und auf zu weiteren Siegreichen Kämpfen. "Einer für Alle und Alle für Einen!"

W. Stahl.

An die Arbeiter Deutschlands!

"Die Stenographie soll Gemeingut des ganzen Volkes werden!" Von dieser Idee ausgehend, hat der "Verband der Arbeiter-Stenographen-Vereine Deutschlands (Ren-Stolz)" es sich zur Aufgabe gestellt, die Freiheit der Stenographie in immer weitere Kreise der Arbeiterschaft zu verbreiten, und waren die Erfolge seiner Agitation bis jetzt sehr gute zu nennen. Seit dem vergangenen Herbst hat der Verband eine 100 Pf. an Mitgliedern zugenommen, ein Beweis, daß die deutschen Arbeiter wohl die Vorteile der Stenographie zu würdigen wissen und dass unsere Befreiungen von den Parteigenossen unterstützt werden. Der Verband zählt gegenwärtig 31 Vereine und ist in zahlreichen Städten Deutschlands durch Einzelmitglieder vertreten, die unzweiflich an dem Weiterausbau des Verbandes thätig sind.

Son Stenographen unerlässliche Befreiungen werden gegen die Errichtung der Stenographie verschiedenste Einschränkungen gestellt. Der Eine sagt: "Das soll dem Arbeitern die Stenographie", der Andere: "Die zur Errichtung der Stenographie angewandte Zahl darf in keiner Beziehung zu dem Kapitalistischen folgen."

Beide Einwände sind gänzlich falsch. Für jeden bestehenden, vorwärtsstrebbenden Arbeiter ist es und soll es die einzige sein, daß eine immer größere Zahl nach geübter Stenographie angewiesen ist. Sie schafft verhältnißmäßig aber wesentlich weniger Parteiverträge als, braucht wir wohl nicht zu erwähnen. Der Nutzen der Stenographie ist nur im Stabe, nur führt die Stenographie schnelle Färs, lachliche Rücksicht auf dem Gelehrten zu machen, und wird so nur Vieles rascher bearbeiten und verfehren können, als jetzt. Schon dieser Nutzen allein sollte hinreichend sein, die Genossen zur Errichtung der Stenographie auszuspielen. Überhaupt kann nicht genug betont werden, was die massenhaften Parteigenossen die Stenographie füragitatorisch und schriftstellerisch wiedenden Genossen ist. Weiter ist es aber bei einem Friede ganz gut möglich, daß eine hohe Schreibfähigkeit anregt, daß man die Fertigkeit den besten Erfolgen in Versammlungen usw. erreichend. Von diesen Erfolgen ausgehend wird der "Verband der Arbeiter-Stenographen-Vereine Deutschlands, Ren-Stolz", auch in diesem Herbst, und zwar am 1. Oktober, in den verschiedenen Orten Deutschlands Unterrichtsstunden in der Stenographie einzurichten und dürfen wir wohl daran reden, daß die zu eröffnenden Kurse zahlreiche Beteiligung finden. Die Vorstände der Gewerkschaften und politischen Parteien werden erachtet, unserer Sache ihre Unterstützung zu leisten. Einige Genossen, welche die Stenographie befehligen, werden gehalten, dem Verband beizutreten. Monatlicher Zeitung 30 Pf., wöchentliche Zeitung "Der Arbeiter-Stenograph" (7 Seiten in Stenographie und eine Seite Appendix). Wöchentlicher Unterricht über die Einrichtung von Unterrichtskursen, brieflichen Unterricht usw., erhält der Vorstand des Verbandes der Arbeiter-

